

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
(21. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Albrecht Glaser, Kay
Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10969 –**

**22 Jahre Euro-Bargeld in Deutschland – Jetzt eine ehrliche Bilanz der
Versprechen ziehen**

A. Problem

Die antragstellende AfD-Fraktion verweist auf den 22. Jahrestag der Einführung des Euro in Deutschland am 1. Januar 2002. Wesentliche Prognosen und Versprechungen, die in der Druckschrift des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) aus dem Jahr 1996 mit dem Titel „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro – stark wie die Mark. Das Bundesministerium der Finanzen informiert“ enthalten seien, hätten sich nicht erfüllt. 22 Jahre nach Einführung des Euro sei eine ehrliche Bilanz zu ziehen und mit den Narrativen, die bezüglich des Euro bestünden, aufzuräumen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10969 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2024

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Johannes Schrapf
Berichtersteller

Alexander Radwan
Berichtersteller

Michael Sacher
Berichtersteller

Thomas Hacker
Berichtersteller

Norbert Kleinwächter
Berichtersteller

Susanne Hennig-Wellsow
Berichterstellerin

Andrej Hunko
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Johannes Schrap, Alexander Radwan, Michael Sacher, Thomas Hacker, Norbert Kleinwächter, Susanne Hennig-Wellsow und Andrej Hunko

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/1096** wurde in der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. April 2024 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragstellerin haben sich wesentliche Zusagen und Prognosen zur Einführung des Euro in Deutschland am 1. Januar 2002 nicht erfüllt. Anlässlich des 22. Jahrestages sei eine ehrliche Bilanz zu ziehen und mit den Narrativen, die bezüglich des Euro bestünden, aufzuräumen.

Sie verweist insoweit auf eine Druckschrift des Bundesfinanzministeriums (BMF) aus dem Jahr 1996 unter dem Titel „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro – stark wie die Mark. Das Bundesministerium der Finanzen informiert“, mit der für den Euro geworben worden sei. Darin werde der Euro als „eine gemeinsame und gute Währung“ nach dem Vorbild der Deutschen Mark beschrieben und zugesichert, dass die Währung stabil bleibe, weil die Sicherungen des Vertrages von Maastricht greifen würden.

Die schon bei der Einführung des Euro bestehenden Bedenken hätten sich bewahrheitet. Der Euro sei zum Spielball derjenigen geworden, die auf Kosten Deutschlands marode Staatshaushalte der südlichen Mitgliedstaaten subventionierten. In Deutschland habe der Euro zu Sparteignungen, Altersarmut, Umverteilung von unten nach oben und einer seit 2021 ausufernden Inflation geführt. Der Euro sei eine währungstheoretische Fehlkonstruktion, die, zusammen mit der bei Einführung absehbaren Nichteinhaltung der Stabilitätsregeln, EU-weit zu tiefgreifenden sozialen und finanzwirtschaftlichen Verwerfungen geführt und das Friedensprojekt Europa beschädigt habe. Zwischenstaatliche Transfermechanismen und eine Haftungsunion ermunterten verschuldete Staaten, unsolide zu wirtschaften. Die angebliche Rettung des Euro und der EU sei unter Verstoß gegen die EU-Verträge erfolgt und sei auch nicht zur Sanierung der Volkswirtschaften und Staatshaushalte in verschuldeten Mitgliedstaaten genutzt worden. Die angestrebte Reform der Maastricht-Kriterien sei ein Vorwand, um Regelbrüche zu legitimieren. Die EZB missachte ihr Mandat und sei mit einem Anteil von 32 Prozent größter Kreditgeber der Euro-Staaten. Die „Zombifizierung“ weiter Teile der Volkswirtschaft trübe die Zukunftsaussichten Deutschlands stark ein.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern,

1. anlässlich des 22. Jahrestages der Einführung des Euro-Bargeldes in Deutschland eine Bilanz der Zusicherungen zu ziehen und der Öffentlichkeit die Ergebnisse in einer aktuellen Druckschrift zur Verfügung zu stellen;
2. die sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Euro-Einführung zu quantifizieren und darzulegen, welche Zusicherungen nicht eingehalten wurden oder von nicht einzuhalten waren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 94. Sitzung am 12. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 82. Sitzung am 12. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 78. Sitzung am 12. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 81. Sitzung am 12. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Seitens der **AfD-Fraktion** wird vorgetragen, es sei Zeit für eine ehrliche Bilanz. Die Menschen spürten, dass die in der Druckschrift des BMF enthaltenen Versprechen nicht zuträfen. Ohne Vorwegnahme einer wissenschaftlichen Antwort sei eine neue Broschüre des BMF, in der die Versprechungen überprüft würden, zweckdienlich.

Die **Fraktion der FDP** merkt an, die AfD offenbare mit dem Antrag nicht nur ihr populistischen Gesicht, sondern dokumentiere schwarz auf weiß ihr Unwissen und ihre Verachtung gegenüber der EU und dem Euro. Die hinter dem Antrag verschleierte Absicht sei ein Ausstieg aus dem Euro und der EU. Statt echte Lösungen zur Verbesserung der Währungsunion zu präsentieren, führten die Antragsteller die Bürger mit Desinformation in die Irre. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Die **CDU/CSU-Fraktion** merkt an, der AfD sei es gelungen, eine neutrale Broschüre einzufordern und mit der Begründung zugleich ihre Gesinnung erkennen zu lassen, nämlich den gewünschten Austritt aus dem Euro. Es gehe den Antragstellern demnach nicht um Neutralität, sondern um eigene Interessen. Die Fraktion der CDU/CSU werde den Antrag ablehnen.“

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10969.

Berlin, den 12. Juni 2024

Johannes Schrapf
Berichterstatler

Alexander Radwan
Berichterstatler

Michael Sacher
Berichterstatler

Thomas Hacker
Berichterstatler

Norbert Kleinwächter
Berichterstatler

Susanne Hennig-Wellow
Berichterstatlerin

Andrej Hunko
Berichterstatler